

Erwerbsarbeit von Frauen als Wirtschaftsfaktor

(Nr. 1 – März 2025)

Liebe Frauen,
durch die guten und interessanten
Einblicke über die Bedeutung der
wirtschaftlichen Eigenständigkeit von
Frauen und die Darlegung, wie durch
mehr Beschäftigung der Frauen ein
enormes Wirtschaftswachstum
entstehen könnte, wurde deutlich,
dass Gleichstellungspolitik auch
Wirtschaftspolitik ist.

Klassische Rollenbilder sind immer
noch weit verbreitet. Was frühere
Frauen erkämpft haben, muss man
verteidigen, damit es weiter Bestand
hat. Wir bleiben dran.

Renate Krings, stellvertretende Sprecherin

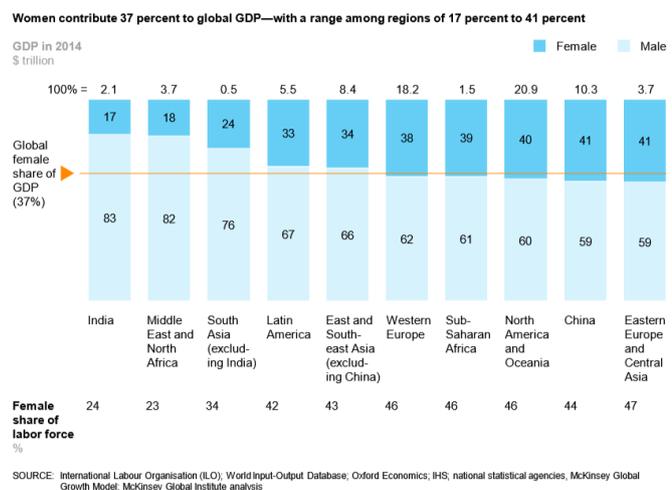
Erwerbsarbeit von Frauen als Wirtschaftsfaktor – Warum Gleichstellungspolitik auch Wirtschaftspolitik ist

„Die Gleichstellung von Frau und Mann [...] ist Voraussetzung für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Welt. Zahlreiche Untersuchungen belegen die Vorteile: eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung, ein höheres Pro-Kopf-Einkommen, effizientere und effektivere Unternehmen, eine nachhaltigere Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, mehr sozialer Zusammenhalt, Frieden und stabilere Gesellschaften.“ Diese Bewertung der Europäischen Investitionsbank aus dem Jahr 2023 bildete den Ausgangspunkt für die Tagung des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit der kfd. Die Tagung befasste sich mit dem Beitrag von Frauen zur Wirtschaftsleistung

und der Frage, wie ökonomische Gleichstellung erreicht werden kann – zum Beispiel durch eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Arbeitsmarkt und Erwerbsarbeit und die Förderung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen. Die Sprecherin des Ständigen Ausschusses erklärte in der Begrüßung, dass es wichtig sei, in der Öffentlichkeit auf die positive Wirkung der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Wirtschaftsleistung unseres Landes hinzuweisen. Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, weiter auf die Kenntnisse und Fähigkeiten gut ausgebildeter Frauen und somit Wirtschaftswachstum zu verzichten. „Wir müssen nicht bitten. Wir bieten an!“ so Petra Löwenbrück.

Messung der Wirtschaftsleistung von Frauen

Die Wirtschaftsleistung eines Staates wird im Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen. Dieses erhebt die Wertschöpfung aller im Markt befindlichen Güter und Dienstleistungen, sowie der Produktion. Nach Geschlecht aufgeschlüsselt tragen Frauen deutlich weniger zum BIP bei als Männer, und sogar weniger als sie prozentual den Anteil der Erwerbstätigen stellen. Im Jahr 2014 trugen Frauen, obwohl sie die Hälfte der Weltbevölkerung stellen, nur 37 Prozent zum globalen BIP bei. Frauen in Westeuropa trugen 38 Prozent zum BIP bei, obwohl sie 46 Prozent der Erwerbstätigen ausmachen.



Die Gründe dafür sind vielfältig. Einen Anteil daran haben unter anderem: Die schlechtere Bezahlung von Frauen, schwieriger Zugang zu Führungspositionen und gutbezahlten Branchen und der höhere Anteil an Teilzeitstellen, da Frauen immer noch einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten,

Die unbezahlte Care-Arbeit, also die Sorge- und Fürsorgearbeit im Haushalt, wird ohne Lohn geleistet, weshalb ihr Umfang und ihre Relevanz in der wirtschaftlichen Betrachtung einer Gesellschaft in der Regel massiv unterschätzt werden. Alleine die Wertschöpfung der unbezahlten Hausarbeit ist größer als jede Wertschöpfung in einem anderen Wirtschaftszweig. Im Jahr 2021 überstieg die Wertschöpfung der Kinderbetreuung die des produzierenden Gewerbes, das immer noch die größte Wertschöpfung der auf dem Markt gehandelten Güter und Dienstleistungen aufweist.

Haushalte dürfen nicht mehr nur als Orte kostengünstiger Versorgung betrachtet werden. Der Umfang und Wert der dort geleisteten Arbeit tragen zu unserem Lebensstandard bei. Nicht zuletzt hat der Sachverständigenrat für Wirtschaft in seinem Jahresgutachten 2023/24 gefordert, die statistischen Informationen über die Situation in den privaten Haushalten deutlich zu verbessern, um Fehlsteuerungen zu vermeiden. Dazu gehören eine jährliche Erfassung der unbezahlten Arbeit und die Ausweisung ihrer Bruttowertschöpfung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ebenso wie die Erfassung ihrer Verteilung zwischen den Geschlechtern.



Wirtschaftliche Impulse durch Gleichstellung

Wirtschaftlich sind Frauen noch nicht gleichgestellt. Laut dem Global Gender Gap Report 2024 des Weltwirtschaftsforums wird es beim jetzigen Tempo weitere 134 Jahre dauern, bis die Gleichstellung erreicht ist. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen PricewaterhouseCoopers berechnet in seinem „Women in Work Index 2022“, dass bei gleichbleibender Geschwindigkeit der Gender Pay Gap erst in 63 Jahren geschlossen ist.

Die Beseitigung von Barrieren für Frauen im Arbeitsmarkt bietet nicht nur Vorteile für die Gleichstellung, sondern hat auch erhebliche wirtschaftliche Potenziale. Eine deutliche Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) könnte durch die vollständige Integration von Frauen in die Arbeitswelt erzielt werden. Modellrechnungen, zum Beispiel der Wirtschaftsprüfungsunternehmen McKinsey und PWC oder der „Initiative Cheffinnensache“ belegen, dass die Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsmarkt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Gleichstellungspolitik der Wirtschaft erheblich zugutekommt,

Auch Unternehmen profitieren von einer höheren Beschäftigung von Frauen auf allen Ebenen: Europäische Unternehmen mit gemischten Führungsteams haben eine über 60% höhere Wahrscheinlichkeit, überdurchschnittlich profitabel zu sein. Der Effekt hat sich in den Krisenjahren seit 2020 deutlich verstärkt. Deutsche Unternehmen holen beim Frauenanteil zwar auf, bleiben aber international zurück.

Eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2024 mit dem Titel „Diversity Matters even more“ untersuchte, wie die Führungsvielfalt mit einer nachhaltigen und ganzheitlichen Unternehmensführung zusammenhängt, also den positiven Einfluss auf Gesellschaft, Belegschaft und Umwelt. Die Analyse ergab eine deutliche Korrelation zwischen allen Faktoren: Je höher die Vielfalt in Führungsteams, desto besser schneiden die Unternehmen bei der Bewertung ihrer Klimastrategie und bei den Indikatoren für die Gewinnung und Bindung von Talenten ab.

Ökonomische Eigenständigkeit

Mit der Gleichstellung von Frauen im Wirtschaftssystem und bei der Erwerbsarbeit hängt das Thema ökonomische Eigenständigkeit von Frauen eng zusammen. Dazu berichtete die Referentin Dr. Kirsten Wendland, Leiterin des Referats „Ökonomische und partnerschaftliche Gleichstellung, Gleichstellungsstrategie“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die

Arbeit des Ministeriums zum Thema ökonomische Eigenständigkeit. Die Ergebnisse der Studien, Modellrechnungen und Veröffentlichungen finden sich unter www.wirtschaftlich-eigenstaendig.de.



Aus der Arbeit des Referats sind verschiedene Ergebnisse hervorgegangen, so zum Beispiel die Lebenskarte in Zusammenarbeit mit CeRRI (dem Center for Responsible Research des Fraunhofer Instituts), die verschiedenen Stationen des Lebens, an denen Entscheidungen für die ökonomische Gleichstellung getroffen werden, Informationen und Ressourcen bündelt. Außerdem wurde im November der „Strategierahmen ökonomische Gleichstellung 2030“ vorgestellt, der verschiedenen Kurzberichte zu Studien bündelt, wie Gleichstellung gefördert und schneller erreicht werden kann. Auch gibt es Überlegungen dazu, wie ein gesetzlicher Rahmen und Anreiz geschaffen werden können, um zu fördern, dass in Paaren beide Partner vollzeitnah (also 80-90 Prozent der eigentlichen Arbeitszeit) beschäftigt sind.

Von Professorin Miriam Beblo und ihrem Team an der Universität Hamburg wurde folgende Definition für „Nachhaltige ökonomische Eigenständigkeit“ entwickelt: „Eine Person ist ökonomisch umso eigenständiger, je besser sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von privater und staatlicher finanzieller Unterstützung bestreiten kann. Die ökonomische Eigenständigkeit einer Person ist nachhaltig, wenn sie auch unter veränderten Lebensumständen (bspw. Familienstand, Haushaltszusammensetzung oder Ruhestand) bestehen bleibt.“ (Becker et al., 2024). In einer Studie des CeRRI gaben 92 Prozent der Männer und der Frauen an, dass es ihnen wichtig sei, wirtschaftlich eigenständig zu sein.

Kirsten Wendland nannte ein Zitat der Nobelpreisträgerin Claudia Goldin: „(Ökonomische) Geschlechtergleichheit wird nie gelingen, wenn die Gleichheit in den Paarbeziehungen nicht gelingt.“ Es sei wichtig, wirtschaftliche Eigenständigkeit und partnerschaftliche Aufgabenteilung zu unterstützen. Regelungen wie das Elterngeld, die Paare in ihren geschlechtsspezifischen Rollen ansprechen und Männer und Frauen darin unterstützen, diese Rollen zu verlassen, können gesellschaftliche Normen verändern. Regelungen, die „nur“ auf Frauen abzielen oder versuchen, diese allein zu adressieren, reichen hingegen nicht für die ökonomische Eigenständigkeit und Gleichstellung. Darum müssten zukünftige politische Maßnahmen auch darauf abzielen, dass Männer mehr Verantwortung für Sorgearbeit übernehmen.



Kirsten Wendland stellte auch eine Studie mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Auswirkungen verbesserter Rahmenbedingungen zur Gleichstellung der Frauen“ von Professor Tom Krebs vor, welche die Auswirkungen des Ausbaus der Infrastruktur zur Ganztagsbetreuung von Kindern in Kitas und an allgemeinbildenden Schulen zusammen mit dem Ausbau der Infrastruktur zur Unterstützung der häuslichen Pflege von Familienangehörigen untersucht. Das Ergebnis war: Gäbe es bedarfsdeckende Angebote für Kinderbetreuung und zur Unterstützung der häuslichen Pflege, würden bis 2030 zusätzliche 600.000 Vollzeitäquivalente der Frauenerwerbstätigkeit entstehen und das BIP um jährlich 60 Mrd. Euro (1,5%) steigen. Die fiskalischen Nettomehreinnahmen würden bis 2035 auf jährlich rund 14 Mrd. Euro steigen. Das ist mehr als die Prognosen für ein Wirtschaftswachstum durch



Steuersenkungen und Bürokratieabbau. Gleichstellungspolitische Maßnahmen können also einen erheblichen wirtschaftlichen Effekt haben.

Feministische Wirtschaftspolitik

Den Abschluss der Tagung bildete ein Blick in die feministische Ökonomie und Wirtschaftspolitik, die andere Ansätze fordern, um ökonomische und wirtschaftliche Gleichstellung zu erreichen. Bisherige wirtschaftliche Maßstäbe für Erfolg und etabliertes wirtschaftspolitisches Handeln müssen darauf hin untersucht werden, ob sie

gleichstellungspolitische Daten erheben und ob sie eine positive oder negative gleichstellungspolitische Wirkung haben. Zum Beispiel werden Fördermittel für Start-ups größtenteils im Bereich der Tech-Branche vergeben, an der Frauen zu einem deutlich geringeren Anteil beteiligt sind, als zum Beispiel an sozial-ökologischen Innovationen. Für manche Steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen, zum Beispiel eine Anhebung oder Senkung des Leitzinses, gibt es kaum verlässliche Daten, wie diese Frauen betreffen. Hier ist ein Schließen des Gender Data Gaps erforderlich.

Neue Ansätze und kreative Lösungen für veränderte Bedingungen

Um den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht zu werden, sind neue Ansätze und kreative Lösungen gefragt. Dies betrifft insbesondere die Anpassung an die sich wandelnden Bedingungen des Arbeitsmarktes und die Berücksichtigung von Gleichstellungsperspektiven in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Menschliches Verhalten entfaltet sich nicht im luftleeren Raum, sondern in gesellschaftlichen, normativen und ökonomischen Kontexten. Staatliche Rahmenbedingungen prägen Normen, entfalten ökonomische Verhaltenslogik und bestimmen Entscheidungen im Lebensverlauf – mit hoher Pfadabhängigkeit. Daher müssen politische Maßnahmen so gestaltet werden, dass sie auch wirksam sein können – damit die tatsächliche Gleichstellung schneller als in 134 Jahren erreicht werden kann.



Termine:

19. - 20. September 2025, Tagung online

21. - 23. November 2025, Tagung Mainz

13. - 15. März 2026, Tagung in Leipzig

Text/Fotos: Natalie Mittler

Ständiger Ausschuss Frauen und Erwerbsarbeit

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands

Prinz-Georg-Str. 44, 40477 Düsseldorf

Telefon: 0211-44992-84

Kontakt: Natalie Mittler; Referentin im Bereich

Gesellschaftspolitik - natalie.mittler@kfd.de

www.kfd.de

<https://www.kfd-bundesverband.de/staendiger-ausschuss-frauen-und-erwerbsarbeit>

Delegiertensitzung des ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit

An die Studientagung schloss die Delegiertensitzung des Ständigen Ausschusses Frauen und Erwerbsarbeit an. Neben Berichten und Austausch zur Änderung der Geschäftsordnung stand die Neuwahl der stellvertretenden Sprecherin auf der Tagesordnung. Die Delegierten verabschiedeten Veronika Pütker (DV Osnabrück) als bisherige stellvertretende Sprecherin und Delegierte und dankten für ihr großes Engagement. Neu gewählt wurde Renate Krings (DV Köln). Sie bedankte sich für das Vertrauen und freut sich auf die neue Aufgabe und weitere Zusammenarbeit.